**„Das Sterben an den Grenzen muss aufhören!“**

**Deutsche und italienische Bischöfe dringen auf eine erneuerte Zuwanderungspolitik der Europäischen Union**

Mit einem Aufruf zur Erneuerung der europäischen Zuwanderungspolitik endeten heute die Konsultationen der Deutschen und der Italienischen Bischofskonferenz zu Migrationsfragen. Auf der Agenda des zweitägigen Treffens in Köln (20./21.02.2014) standen neben der europäischen Flüchtlingspolitik Fragen der Seelsorge für Italiener in Deutschland. Die Delegationen wurden von den Vorsitzenden der Migrationskommissionen, Bischof Norbert Trelle (Hildesheim) und Erzbischof Francesco Montenegro (Agrigent), geleitet.

„Schutzbedürftige Menschen dürfen nicht in Lebensgefahr geraten, wenn sie einen Asylantrag in Europa stellen wollen. Das Sterben an den Grenzen muss aufhören“, mahnte Bischof Trelle mit Blick auf die Tausende von Menschen, die in den letzten Jahren an den Außengrenzen der Europäischen Union ihr Leben verloren. Zuletzt waren Anfang Februar in der Nähe der spanischen Exklave Ceuta mindestens elf Menschen beim Versuch ertrunken, den stacheldrahtbewehrten Grenzzaun schwimmend zu überwinden. „Die EU muss ernsthaft Alternativen zur derzeitigen Politik prüfen, um die Überwachung der Grenzen und die Wahrung der Menschenrechte in Einklang zu bringen“, drängte Erzbischof Montenegro, zu dessen Bistum auch die Insel Lampedusa gehört. Auch über Möglichkeiten legaler Zuwanderung außerhalb des Asylsystems müsse konstruktiv diskutiert werden. Sonst, so die Bischöfe, blieben die Gesten der Betroffenheit nach Tragödien wie dem Untergang von Flüchtlingsschiffen vor Lampedusa leer und wertlos.

Die Vorsitzenden der Migrationskommissionen der Deutschen und der Italienischen Bischofskonferenz sprachen sich auch für eine Neuordnung des Verfahrens für die Verteilung von Asylsuchenden in Europa aus. Erzbischof Francesco Montenegro forderte: „Die Staaten der Europäischen Union sollten sich auf ein faires und transparentes Verfahren verständigen, das alle Interessen berücksichtigt: die Interessen der Staaten an den EU-Außengrenzen und der anderen Mitgliedsländer, aber auch die berechtigen Anliegen der Flüchtlinge.“ Das aktuelle System verpflichtet jeweils denjenigen Staat zur Durchführung eines Asylverfahrens, in den der Flüchtling zuerst eingereist ist. „Die rechtlichen und humanitären Probleme dieses Verfahrens zeigen sich besonders deutlich an Brennpunkten wie ‚Lampedusa in Hamburg‘ oder in Berlin“, erklärte Bischof Trelle. Dort fordern über Lampedusa nach Europa gekommene Asylbewerber die Durchführung eines Verfahrens in Deutschland.

Neben Fragen des Flüchtlingsschutzes stand die Zukunft der Seelsorge für die ca. 500.000 Katholiken italienischer Sprache in Deutschland im Zentrum der Beratungen. Im Rahmen der so genannten „muttersprachlichen Seelsorge“ haben die deutschen Bistümer seit den 1960er Jahren ca. 70 italienische Gemeinden und Missionen eingerichtet, um die damals als „Gastarbeiter“ gekommenen italienischen Katholiken durch Seelsorge und Sozialarbeit zu begleiten. „Diese Gemeinden stehen vor einem Umbruch: Ihre Mitglieder und die Seelsorger sind älter geworden; nachrückende Priester aus Italien sind kaum noch verfügbar. Wir brauchen Konzepte, wie die Gemeinden enger mit den deutschen Ortsgemeinden zusammenarbeiten und dennoch ihre Identität bewahren können“, erläuterte Erzbischof Montenegro die anstehenden Herausforderungen. Bischof Trelle ergänzte: „Die Gemeinden sind heute auch wichtige Anlaufstellen für die etwa 40.000 Italiener, die aktuell jährlich aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in ihrem Heimatland in Deutschland eine Chance für sich und ihre Familien suchen. Die muttersprachliche Seelsorge leistet einen wichtigen Beitrag für ihre Integration in Kirche und Gesellschaft.“